

Zeitgeschehen im Fokus, 17. Jan.2024

Ja zur Neutralitätsinitiative!

Aufruf von Linken und Grünen

Die 2022 lancierte Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» wird in vielen Medien und von einem Teil der Linken und Grünen als ein rechtspopulistischer Versuch zum Isolationismus gebrandmarkt. Wir widersprechen: Als Linke und Grüne begrüßen und unterstützen wir die Neutralitätsinitiative! Die Initiative ist nicht «rechts», sondern wurde von einem überparteilichen Komitee ausgearbeitet, das die Schweizer Aussenpolitik von ihrem pro-Nato-Kurs abbringen und zu einer internationalen und weltoffenen Neutralität hinführen will. Als Linke und Grüne sind wir überzeugt, dass das Lagerdenken in eine Sackgasse führt. Wir engagieren uns stattdessen für eine Sachdebatte.

Worum es in der Initiative geht

Die Neutralität der Schweiz ist über 200 Jahre alt und ihre legalen Prämissen sind seit 1907 in den Haager Abkommen klar definiert. Diese Bestimmungen sind eine gute, zeitlose und völkerrechtliche Grundlage unserer Aussenpolitik. Die Schweiz nimmt nicht Teil an den Kriegen anderer Staaten, flankiert von einer strengen Kriegsmaterial-Gesetzgebung. In der neuen multipolaren Weltordnung brauchen wir eine Neutralität, die Sicherheit schafft und sich am Weltfrieden orientiert. Innenpolitisch wird die Neutralität zwar in der Verfassung erwähnt, aber nicht definiert. Die Initiative holt dies nach und gibt der Aussenpolitik eine klare Richtung vor. Sie signalisiert dem Ausland, was von der Schweiz zu erwarten ist. Die Bundesverfassung wird um folgenden Artikel ergänzt:

Art. 54a Schweizerische Neutralität

- 1. Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.*
- 2. Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.*
- 3. Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen (Uno) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.*
- 4. Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.*

Dieser Verfassungstext umschreibt nicht die Gesamtheit der Schweizer Neutralität, dient aber als Leitlinie für ein aktives und am Weltfrieden orientiertes Neutralitätsverständnis.

Als Linke und Grüne unterstützen wir die Initiative aus folgenden Gründen:

1. Eine allparteiliche Neutralität sichert eine international orientierte Schweiz:

Wir stehen ein für eine weltoffene und multikulturell orientierte Schweiz. Absatz 4 der Initiative fordert, dass die Schweiz künftig aktiv hilft, Konflikte zu verhindern und zu vermitteln. Unser Land wird deshalb in internationalen Konflikten nicht Partei ergreifen, sondern stellt sich ohne Wenn und Aber jedem Staat der internationalen Gemeinschaft als Verhandlungsort zur Verfügung. Als Begegnungsort der unterschiedlichen Kulturen und Weltanschauungen kann die Schweiz den Frieden in der Welt fördern. Unsere Neutralitätspolitik muss auch gegenüber den Ländern des Südens und solchen ohne das westliche Demokratiemodell glaubwürdig sein. Denn Staatsformen, Ordnungs- und Wertvorstellungen hängen auch vom technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand ab. In ihren Friedensbemühungen schliesst sich die Schweiz nicht den Standpunkten des einen oder des anderen Lagers an, sondern bringt gegenüber allen Parteien Verständnis und Dialogbereitschaft auf. Nur so kann sie allseitig Vertrauen gewinnen und behalten. Die Schweiz ist nicht Teil eines Machtblocks, sondern integriert sich künftig in die Weltgemeinschaft. Auf dieser Basis kann das Internationale Rote Kreuz, eine der heilvollsten Institutionen der Schweiz, weiterhin seine wertvollen Dienste leisten und den Konfliktbetroffenen auf beiden Seiten helfen.

2. Die aktive Neutralität der Schweiz ist ein Europäisches Friedensprojekt:

Als pazifistische Linke und Grüne stehen wir für den Frieden in Europa ein. 1815 versprach die Tagsatzung, «die immerwährende Neutralität anzuerkennen und zu gewährleisten, welche das gemeinsame europäische Staateninteresse zu Gunsten der Eidgenossenschaft erheischt». Dieses Versprechen an Europa wollen wir nach 200 Jahren erneuern.

Als Pufferstaat half die Schweiz während 100 Jahren, das Kräftegleichgewicht in Europa zu erhalten: Wir haben unser Land weder den Österreichern gegen die Franzosen noch den Franzosen gegen die Österreicher zur Verfügung gestellt. Während den zwei Weltkriegen half die Neutralität international wenig: Sie kam massiv unter Druck, hat uns aber immerhin den Frieden im eigenen Land bewahrt.

Im Kalten Krieg hat die Schweiz wesentlich dazu beigetragen, dass die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu einem den Frieden und die Verständigung fördernden Abschluss¹ kam. Darauf sind wir stolz: Die Schweiz soll auch künftig mit einer aktiven Friedens- und umsichtigen Neutralitätspolitik am Frieden in Europa mitwirken.

Mit ihrem Neutralitäts-Knowhow kann die Schweiz zudem Staaten in ähnlicher geopolitischer Situation unterstützen: mit anderen neutralen und bündnisfreien Staaten ein Netzwerk bilden, das sich für die De-eskalation zwischen verfeindeten Nationen einsetzt.

3. Die Rückkehr zur integralen Neutralität macht die Schweiz global glaubhaft:

Die wichtigste Änderung der jetzigen Neutralitätspraxis bringt Absatz 3: Die Schweiz beteiligt sich nicht an nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen andere Staaten. Das ist zentral, tragen doch Grossmächte ihre Kriege nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich aus: Verhängt werden dann oft Sanktionen, die weder völkerrechts- noch menschenrechtskonform sind. Sie treffen die Bevölkerung, wobei die Armen und

Schwachen – Frauen, Kinder, Alte – besonders darunter leiden. Wirtschaftssanktionen eines mächtigen Landes oder Länderblocks sind willkürlich. Solche Gewaltaktionen lehnt die Schweiz ab: Sie wird Bedrohungen des Friedens, Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen, von welcher Seite auch immer begangen, in der Uno problematisieren und kritisieren.

4. Integrale Neutralität ist solidarisch mit den Ärmsten der Welt:

In Kriegen bluten und leiden die Mittelschicht und Armutsbetroffene am allermeisten, während Waffenfirmen und deren Aktionäre massiv verdienen. Das gilt auch für den Ukraine-Krieg, in dem das ukrainische und russische Volk sich gegenseitig ausbluten, während der militärisch-industrielle Komplex der kriegsführenden und kriegstreibenden Staaten wächst und wächst. Mit jeder Eskalation werden mehr Rüstungsgüter nachgefragt,² todbringende Gerätschaften verkauft, riesige Gewinne erzielt. Kurz: Kriege bringen vielen den Tod und dem Grosskapital satte Profite. Das ist eine eiserne Regel des Krieges.

Sanktionen verlängern den Krieg. Sie führen zudem so gut wie nie zu einem «Regime Change». Mit Sanktionen werden die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zwischen dem Westen und dem ärmeren Rest der Welt nicht behoben, sondern verschärft. Die Schweiz verzichtet deshalb prinzipiell auf Sanktionen, ausser sie werden vom Uno-Sicherheitsrat verhängt. Solidarität nur mit Staaten und Menschengruppen zu zeigen, die einen vergleichbaren Lebensstandard haben und die westlichen Werte teilen, ist ein Unding: Die Schweiz ist allparteilich solidarisch und erweist allen Staaten, die in Not sind, ihre Solidarität. Praktisch heisst das, mehr Solidarität mit den Armen dieser Welt.

5. Der Verzicht auf den Nato-Beitritt ist unser wichtigster Beitrag zum Weltfrieden:

Die Nato, einst ein Verteidigungsbündnis, ist längst zu einem aggressiven Verband geworden, der mit «Out of Area» Einsätzen weit über den Nordatlantik und Europa hinausgreift. Die Nato dient dazu, die Vormachtstellung des Westens zu erhalten und auszubauen. Völkerrechtswidrige Nato-Einsätze haben im Irak, in Afghanistan, in Libyen zum Zusammenbruch aller drei Staaten geführt. Während die USA jenseits des Atlantiks sich vorab um den Erhalt ihrer imperialen Machtposition kümmern, hat Europa gewaltige Flüchtlingsströme zu verkraften, denn in allen drei Ländern herrscht heute die nackte Not.

Diese Entwicklung geht noch weiter, indem ihre grössten Mitglieder sogar von einer «Wirtschafts-Nato, die unseren Lebensstandard verteidigt»,³ träumen. Dabei hat die eine Milliarde der Nato-Bevölkerung dank ihrem grenzenlosen Zugriff auf die globalen Ressourcen bislang jährlich zwischen drei bis fünf Planeten vernutzt und die Klimaerwärmung und die weltweit sinkende Biodiversität angestossen. Diese globalen Probleme lassen sich nur multilateral und mit einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft lösen.⁴ Deshalb: Schluss mit Kriegen und Sanktionen. Der wirtschaftliche Ausgleich ist der wichtigste Beitrag für eine globalen Sicherheitspolitik!

6. Die bewaffnete Neutralität ist ein pazifistischer Ansatz der internationalen Politik:

Neutralität hat Zukunft: Der Friede wird sicherer, wenn mehr Länder unabhängig und neutral bleiben, statt sich einem der grossen Blöcke anzuschliessen. Als bewaffnetes Land verteidigt sich die Schweiz zwar selbst, sollte sie angegriffen werden, wird sich

aber nicht an ausländischen Kriegen teilnehmen, auch nicht zum kollektiven Schutz anderer Länder. Damit vertritt die Schweiz einen konsequenteren Pazifismus als es die Uno-Charta verlangt: Artikel 51 gesteht allen Mitgliedern das «naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung zu». Doch die «kollektive Selbstverteidigung», einst als Ausnahmefall gedacht, wurde zum Normalfall verkehrt. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde praktisch jeder Angriffskrieg als «kollektive Selbstverteidigung» gerechtfertigt: die Interventionen der Sowjetunion in Ungarn (1956) und in der Tschechoslowakei (1968), der USA in Vietnam (1964), Afghanistan (2001), im Irak (2003), die Intervention Chinas in Vietnam (1979) oder der Nato in Serbien (1999) und Libyen (2011).

Die Schweiz weist die kollektive Selbstverteidigung zurück und verspricht, bei keinen Kriegen mitzumachen: Sie bleibt pazifistisch, egal wie gross der wirtschaftliche und moralische Druck aus dem Ausland ist. Weil die Wahrheit über Kriegsursachen und Kriegsgründe immer erst Jahrzehnte danach ans Tageslicht kommt, verzichtet die Schweiz aus Prinzip auf Kriegsbündnisse. Sie beteiligt sich weder an der Kriegshetze gegen andere Länder noch an deren Dämonisierung – das hoffen wir: Die Schweiz soll kein Land von selbstgerechten und selbstherrlichen Kriegsmitmachern werden. Fertig mit dem Lagerdenken, befreit für die Sachdebatte plädieren wir: Ja zur Neutralitätsinitiative!

¹ Thomas Fischer, Die Grenzen der Neutralität: Schweizerisches KSZE-Engagement und gescheiterte UNO-Beitrittspolitik im Kalten Krieg, 1969–1986 (Zürich: Chronos, 2004).

² Im März 2022 stiegen die Aktien der deutschen Waffenschmiede Rheinmetall um über 50% und Rüstungsimporte aus den USA nahmen massiv zu. Vgl. German Foreign Policy: Festtage der Rüstungsindustrie I & II; 3. & 24.3.2022.

³ «The West against the Rest», German Foreign Policy, 24. Juni, 2022.

⁴ Sandrine Dixson-Declève et al., Earth for All: A survival guide for humanity, (Gabriola: New Society Publishers, 2022).

Autorschaft und Kontakt

Dr. Pascal Lottaz, Associate Professor, Kyoto; lottaz.pascal.5a@kyoto-u.ac.jp;
Verena Tobler Linder, Ethnologin und Soziologin, Zürich; verenatobler@kernkultur.ch;
Prof. em. Wolf Linder, Politologe, Bern; woli@bluewin.ch

Ca. 300 Unterzeichner.

Weitere Unterzeichnungen möglich: <https://forms.gle/WEBf7toCUtmof1hc8>